Wieso Westeuropa und nicht China?

Rezension von: Eric L. Jones, Das Wunder Europa. Umwelt, Wirtschaft und Geopolitik in der Geschichte Europas und Asiens, 2., erweiterte deutsche Auflage, Mohr Siebeck, Tübingen 2012, 331 Seiten, broschiert, € 34.
ISBN 978-3-161-52070-9.

Das Erscheinen der Originalausgabe von Eric L. Jones' „The European Miracle" im Jahr 1981 rief international lebhafte Diskussionen hervor. Das Buch stieß sowohl auf Zustimmung als auch auf (teils heftige und unsachliche) Ablehnung und wirkte befruchtend auf die vergleichende Forschung über die Ursachen sehr langfristiger wirtschaftlicher Entwicklung. Der vorliegende Band, die zweite deutsche Auflage, erweitert die erste um ein neues Vorwort und um das ausführliche Nachwort zur dritten englischen Auflage (2003), welches sich mit einigen wichtigen Kritikpunkten auseinandersetzt und die entsprechenden Literaturhinweise enthält.

Gegenstände des Buches sind die Deutung sehr langfristiger ökonomischer Entwicklung in Westeuropa zwischen 1400 und 1800 sowie der Vergleich mit drei asiatischen Großregionen: China, Indien und dem Vorderen Orient (Osmanisches Reich). Die zentralen Fragen sind: Was begünstigte sehr langfristigen wirtschaftlichen Wandel in Westeuropa? Und was verhinderte einen entsprechenden Wandel in den anfänglich vielversprechenden Großregionen Asiens?

Die Konzentration auf den Zeitraum zwischen 1400 und 1800 begründet Jones mit der These, dass in dieser Zeit im Westen jene politischen, wirtschaftlichen und technischen Umwälzungen erfolgten, welche die Erste Industrielle Revolution und den Übergang zu nachhaltigem wirtschaftlichen Wachstum ermöglichten.

Der Autor geht nicht von der Annahme aus, dass es einen einzigen Faktor „von alles überragender Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung" (S. XX) gegeben hätte. Die Erkundung gilt vielmehr einer „Konstellation von Ursachen". Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen drei Hauptbündel von Erklärungsfaktoren: erstens topografische, klimatische und geologische Bedingungen mit direkten ökonomischen Auswirkungen; zweitens politische Institutionen (inklusive vs. exklusive) und drittens ökonomische Institutionen (extraktive vs. wachstumsfreundliche).

Umweltbedingungen

Im Hinblick auf die europäischen Umweltbedingungen betont Jones u. a. die folgenden Zusammenhänge:

- Große Landstriche mit fruchtbarem Boden sind verstreut über den ganzen Kontinent. Sie bildeten die Kernregionen dezentraler politischer Einheiten, von denen sich einige zu Nationalstaaten entwickelten.
- Die durchschnittliche Agrarproduktivität war in Europa umweltbedingt geringer als in den drei asiatischen Vergleichsregionen. Auch die daraus resultierende geringere Bevölkerungsdichte Europas war einer politischen Zentralisierung wie in den asiatischen Großregionen abträglich.
- Die klimatische und geologische Vielfalt begünstigte regionale Spe-

zialisierung und multilateralen Fernhandel mit Massengütern täglichen Bedarfs. Dem Fernhandel sehr förderlich war zudem die in Relation zur Fläche hohe Verfügbarkeit von schiffbaren Wasserwegen (weitaus niedrigere Transportkosten auf See und in Flüssen).

- Von der Atlantikküste aus war nach der (Wieder-)Entdeckung Amerikas ein relativ billiger Zugang zu den Naturschätzen dieses Doppelkontinents möglich.
- Die Distanz zum zentralasiatisch-südrussischen Steppengürtel bot Westeuropa gewissen Schutz vor den verheerenden Einfällen berittener Nomaden, welche die Geschichte Asiens über Jahrhunderte prägten.
- „Das Pro-Kopf-Einkommen war in Europa z. T. deshalb höher als in Asien, weil es hier weniger Naturkatastrophen gab." (S. 259)

Insgesamt gelangt Jones in Bezug auf die Eigenheiten der räumlichen Lage zu dem Schluss, dass diese zwar wesentliche direkte Auswirkungen hatten, aber nicht entscheidend für die sehr langfristige wirtschaftliche Entwicklung Westeuropas waren.

Politische Institutionen

„Inklusive" politische Institutionen, so der im gegenwärtigen Diskurs gebräuchliche Begriff, sind solche, die Macht in der Gesellschaft breit verteilen und sie Beschränkungen unterwerfen. Inklusive politische Macht wird also nicht von einer Person verkörpert und liegt nicht bei ganz kleinen Gruppen, sondern bei einer Vielfalt von Gruppen bzw. bei breiten Koalitionen. Im Gegensatz dazu sind „exklusive" (absolutistische, despotische) Institutionen solche, die politische Macht konzentrieren. Die Art der politischen Institutionen, so lautet ein wesentliches Ergebnis historischer Forschung, ist (mit) ausschlaggebend für die Art der wirtschaftlichen Institutionen. Exklusive politische Institutionen begünstigen tendenziell extraktive wirtschaftliche Institutionen, d. h. massives Rentenstreben. Inklusive politische Institutionen sind dagegen tendenziell wachstumsfreundlichen wirtschaftlichen Institutionen förderlich – also jenen, welche Rentenstreben unterbinden, welche Anreize setzen, produktivitätserhöhende Maßnahmen durchzuführen, und welche die Beteiligung der großen Masse der Bevölkerung an wirtschaftlichen Tätigkeiten ermöglichen und ermutigen, in denen sie ihre Talente, Fähigkeiten und Kenntnisse nützen können.

Die Geschichte Europas zwischen 1000 und 1500 wurde wesentlich von Wanderungs- und Eroberungswellen nomadischer zentralasiatischer Steppenvölker geprägt. Westeuropa und Japan blieben von diesen Invasionen verschont. Die Steppenkrieger errichteten in China (Mongolenherrschaft 1211-1368; Ming-Dynastie 1368-1644 unter ständigem Druck durch Einfälle mongolischer Völker; Qing-Dynastie aus dem tungusischen Mandschu-Volk ab 1644), Indien (militärisch-theokratische Herrschaft der Sultane von Delhi 1206-1526; Mongoleneinfälle im 13. und 14. Jh.; Mogul-Reich der Nachfahren von Timur 1526 bis Anfang 18. Jh.) und dem Vorderen Orient (Osmanen ab 1243 in Kleinasien, 1516 in Syrien, 1517 in Ägypten, 1534ff in Mesopotamien und Arabien) Militärdespotien und stellten sich jeweils an die Spitze der Elite der eroberten Agrarkultur (bzw. setzten sich unter dem perma-

nenten militärischen Druck von außen einheimische Kriegerdespoten durch).

Wie verhielten sich diese militärischen Plünderungsmaschinerien als zentralorganisatorische Instanzen großräumiger Agrarwirtschaften? Die eingehende Analyse der betreffenden Wirtschaftsordnungen führt Jones zu der Gesamteinschätzung, dass – trotz wiederholter starker kreativer Aufschwünge – die von den Militärdespotien eingeführten wirtschaftlichen Institutionen die Kreativität der einheimischen Bauern, Gewerbetreibenden und Händler unterdrückten und produktive Investitionen hemmten bzw. sie in die Herstellung von Luxusgütern lenkten. Die Bauern konnten sich gegen willkürliche Steuern nicht wehren. Das Vermögen der Kaufleute war dem Risiko der Enteignung ausgesetzt, und als Gesellschaftsschicht gewannen sie keinen Einfluss. „Es gelang ihnen nie, die asiatischen Reiche zu bürgerlichen Gesellschaften herabzuwürdigen." (S. XXXIV) Die jeweils fremden, von außen aufgezwungenen Militärdespotien „trugen die Hauptschuld daran, dass die Entwicklungsaussichten ihrer Untertanen zunichte wurden – Aussichten, die schon nicht besonders gut waren, ehe noch Europa im 19. Jh. mit Kolonialismus, Vertragshäfen, ungleichen Handelsabkommen und Abfindungsforderungen anrückte" (S. 261).

Da technische und organisatorische Probleme im Bereich der Wirtschaft nicht Sofortlösungen zugänglich sind, setzt wirtschaftliche Entwicklung lange unproblematische Vorbereitungsperioden voraus. Vor allem aus den genannten politischen Gründen waren derartige Phasen in Asien selten. Westeuropa hingegen entging den Invasionen durch zentralasiatische Steppenvölker und der Errichtung eines despotischen Zentralreiches. Aber wie gelang es in Westeuropa, die lähmende Ausbeutung durch eigene Herrscher zu unterbinden?

Die spezifischen politischen Institutionen Westeuropas, die Jones in diesem Zusammenhang betont, sind das dezentralisierte Staatensystem, der Nationalstaat und die Gewaltenteilung. Der latente Wettbewerb zwischen den Staaten Europas beschränkte die Willkür der Herrscher. Als „Folge bildeten sich Institutionen und Regelsysteme, die individuelle Freiheiten begünstigten" (S. 280). Die Dezentralisierung ermöglichte Experimente bezüglich politischer und wirtschaftlicher Institutionen und gab dem Gesamtsystem ein hohes Maß an Flexibilität. Der Wettstreit zwischen den Staaten führte auch dazu, dass die Herrscher sich mehr und mehr dazu veranlasst sahen, als Gegenleistung für regelmäßig abzuführende Steuern kollektive Dienstleistungen (Ordnung, Rechtspflege, Katastrophenschutz usw.) zu bieten. Die Staaten entwickelten sich nach und nach zu Steuer- und Dienstleistungsstaaten. Bis zum 18. Jh. war „die Bereitstellung von mehr und besseren öffentlichen Gütern … schon fast ein Wesensmerkmal europäischer Staaten geworden" (S. XXII). „Der Dienstleistungsstaat mag keine hinreichende Bedingung für rasches Einkommenswachstum sein, …, sehr wohl aber eine notwendige" (S. 272).

Die Entstehung der Nationalstaaten trug zur Erweiterung und Sicherung von Märkten bei, indem sie einheitliche Münzsysteme schufen, überregionale Verkehrsinfrastrukturen ausbauten, staatliche Bildungssysteme etablierten, Nationalsprachen zum Durchbruch verhalfen usw. und solcherart die Transaktionskosten signifikant senkten.

Beschränkt wurde die Macht des Herrschers in Westeuropa nicht nur durch die Existenz des dezentralen Staatensystems, sondern auch durch die Gewaltenteilungen.

Die ansatzweise Trennung von geistlicher und weltlicher Gewalt erfolgte bereits im Zuge des Investiturstreits des späten 11. und frühen 12. Jh.s. Sie setzte Kräfte frei, die sich erst durch diese Trennung voll entfalten und weiter ausdifferenzieren konnten.

Es folgte, beginnend mit der englischen Magna Charta von 1215, die Trennung von fürstlicher und ständischer Gewalt. Letztere wurde von Adel, Geistlichkeit und städtischem Bürgertum ausgeübt.

Beide mittelalterlichen Gewaltenteilungen beschränkten sich auf den Bereich der Westkirche. In Russland und in Südosteuropa konnte sich, anders als in Westeuropa, keine Stadtfreiheit und kein selbstbewusstes städtisches Bürgertum entwickeln. Infolgedessen konnte auch keine Tradition individueller und korporativer Freiheit entstehen.

Der orthodoxe Osten und Südosten hatten keinen Anteil an den Emanzipationsprozessen im Westen von Humanismus und Renaissance über die Reformation bis zur Aufklärung – Prozesse, für welche die Trennung von geistlicher und weltlicher Gewalt die Voraussetzung bildete.

Nur in Westeuropa formte sich, von der Kirche aufs Schärfste bekämpft, eine Tradition christlicher Selbstaufklärung heraus. Durch die beiden Gewaltenteilungen wurde der Grund gelegt für Pluralismus und Zivilgesellschaft. Es entstand ein städtisches Bürgertum, das wagemutige Kaufleute und Unternehmer in großer Zahl hervorbrachte. Die Städte wurden zu Keimzellen und Testlaboratorien der Demokratie. Dort konnte sich der Geist des Individualismus entfalten, der eine Bedingung für die folgenden intellektuellen Bewegungen, insbesondere für Humanismus, Reformation und Aufklärung, war.

In England aber, dem freiesten unter den größeren Ländern Europas, wurde die mittelalterliche Gewaltentrennung zwischen fürstlicher und ständischer Gewalt weiterentwickelt zur modernen Gewaltenteilung, jener zwischen gesetzgebender, vollziehender und rechtsprechender Gewalt.

Wie Jones anhand von zahlreichen Beispielen vor Augen führt, war die Geschichte Westeuropas im Mittelalter und in der frühen Neuzeit keineswegs eine Geschichte des ununterbrochenen Fortschritts in Richtung auf mehr politische und wirtschaftliche Freiheit, sondern eine Abfolge von Fort- und Rückschritten, die in den einzelnen Regionen Westeuropas ungleichzeitig erfolgten.

Drittens wurde die Macht der Herrscher in Westeuropa in Schranken gehalten durch die zunehmende Bedeutung der Märkte, die sie im Interesse regelmäßiger Steuereinnahmen selbst begünstigten, durch Errichtung wachstumsförderlicher Institutionen, durch öffentliche Dienstleistungen und durch das Zurückdrängen des Rentenstrebens von Sonderinteressengruppen.

Die Bedeutung der Aufklärung

Durch die politischen Freiräume, die sich aus dem dezentralen Staatensystem und den inneren Machtkonstellationen nach den Gewaltenteilungen ergaben, konnten sich im westlichen Europa die Ideen der Aufklärung, die eine lange Vorgeschichte haben (siehe oben), in der zweiten Hälfte des 18.

Jh.s oder Anfang des 19. Jh.s durchsetzen – später und nur partiell in jenen südeuropäischen Staaten, wo die katholische Kirche eine dominante gesellschaftliche und politische Position innehatte.

Im Mittelpunkt der Aufklärung stand Wissen, auch „nützliches Wissen", also jenes, das für die Produktion anwendbar ist. Die Philosophen der Aufklärung schufen Haltungen, Institutionen und Mechanismen für die Schaffung, Verbreitung und Anwendung von Wissen.

Die rationale Erforschung der Naturkräfte stellte einen ganz wesentlichen Fortschritt dar, sie ging den technischen Erfindungen und Innovationen im Zuge der Ersten Industriellen Revolution lange voraus. „Die entscheidenden Merkmale der nordwesteuropäischen Gesellschaft waren eine Kultur und Institutionen, für die Problemlösen aller Art zum Alltag gehörte." (S. 286; „Wissenskultur")

Die „Industrielle Aufklärung"[1] fragte nicht nur: „Welche Techniken funktionieren?", sondern auch: „Warum?" Durch die Suche nach dem Verstehen der grundlegenden Prinzipien wurden die Techniken mit einer breiteren und tieferen naturwissenschaftlichen und erkenntnistheoretischen Grundlage versehen. Systematisches Wissen trat an die Stelle von Intuition. Die verbreiterte und vertiefte Wissensbasis war ausschlaggebend für die Nachhaltigkeit des technischen Fortschritts im Gefolge der ersten Welle der Erfindungen und Innovationen in der zweiten Hälfte des 18. Jh.s.

Die „Industrielle Aufklärung" strebte auch einen breiteren Zugang zum verfügbaren „nützlichen Wissen" an: ein prinzipiell offenes und allgemein zugängliches System statt Geheimgesellschaften.

Wirtschaftliche Institutionen

Die Aufklärung hatte dezidiert institutionellen Wandel im Bereich der Wirtschaft zum Ziel: die Beseitigung von eher wachstumsfeindlichen und die Installierung von eher wachstumsfreundlichen Institutionen. Die Philosophen und Ökonomen der Aufklärung erkannten, dass selbst in den fortgeschrittensten westeuropäischen Ländern das Rentenstreben, d. h. die Manipulation von formellen Institutionen und informellen Sitten und Gebräuchen durch Sonderinteressengruppen mit dem Zweck der Umverteilung von Einkommen, den betreffenden Gesellschaften eine schwere Bürde auferlegte. (Rentenstreben stand dort also überwiegend *nicht* im Widerspruch zur Herrschaft des Gesetzes!)

Wachstumshemmende Institutionen waren u. a. solche, welche die effiziente Allokation von Ressourcen und Wohlfahrt erhöhenden Handel behinderten, welche Kreativität und Talent in nichtproduktive Verwendungen kanalisierten und welche Hindernisse für den technischen Fortschritt errichteten. Angestrebt wurden wirtschaftliche Institutionen, welche Effizienz, Handel und technischen Fortschritt begünstigen (klar definierte Verfügungsrechte, welche in diese Richtung wirken; Wettbewerb zwischen Unternehmen; wirtschaftliche Freiheiten; gleicher Zugang zu wirtschaftlichen Aktivitäten etc.), welche Koordinierungsprobleme lösen (Bereitstellung von vielfältigen öffentlichen Gütern) und welche Rentenstreben hintanhalten bzw. zurückdrängen.

Der durch die Ideen der Aufklärung inspirierte institutionelle Wandel in Westeuropa bedeutete konkret v. a. Fortschritte in folgenden Bereichen:

- Aufhebung von Zugangsbeschrän-

kungen (Monopole, Zünfte, Gewohnheitsrechte, Produktionsverbote etc.);
- Liberalisierung der Faktormärkte (v. a. Aufhebung der Leibeigenschaft, Zurückdrängen der Zünfte);
- Beseitigung der Privilegien von Adel und Kirche (Steuerprivilegien, Renten durch eigene Jurisdiktion usw.);
- Liberalisierung des Handels und Beseitigung von externen, v. a. aber internen Zollschranken;
- Schaffung von effektiven Institutionen im Bereich des technischen Fortschritts selbst: u. a. Abschaffung von Institutionen, die Talente in rentenstrebende Aktivitäten kanalisieren; Patente, die Anreize für Forschung, Entwicklung und Innovationen erhöhen; Brechen des institutionalisierten Widerstands organisierter Sonderinteressengruppen.

Selbstverständlich waren all diese Fortschritte nur tendenzielle und partielle: Rentenstreben blieb weiterhin ein wesentliches Entwicklungshindernis. Aber: technischer Fortschritt bildete eine notwendige, jedoch nicht hinreichende Voraussetzung für nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Es waren die institutionellen Änderungen, welche die Persistenz des technischen Fortschritts ermöglichten.

Rückkopplungseffekte

Vormodernes Wachstum war durch vielfältige negative Rückkopplungseffekte beschränkt: Erstens konnte ein Einkommensanstieg durch Smithsches Wachstum, infolge eines technischen Durchbruchs, durch Ausweitung des Handels oder irgendwelche exogene Einflüsse einen Bevölkerungsanstieg bewirken. Dieser wiederum konnte negative Rückkopplungseffekte auf das Einkommen zeitigen (malthusianische Effekte). Zweitens rief ein Einkommensanstieg häufig eine Vielzahl von Rentenstrebenden auf den Plan, welche das zusätzliche Einkommen zu ihren Gunsten umverteilten, entweder auf illegale (Räuber, organisierte Kriminelle, fremde Invasoren etc.) oder legale Weise, d. h. mittels extraktiver Institutionen wie Monopole, Zünfte, Gewohnheitsrechte, Adels- und Kirchenprivilegien (institutionelle Rückkopplungseffekte). Drittens beruhten Produkt- oder Prozessinnovationen auf einmaligen technischen Durchbrüchen. Die aufgrund der zu schmalen Wissensbasis sehr hohen Kosten weiterer technischer Verbesserungen bzw. Neuerungen unterbanden nachhaltigen technischen Fortschritt.

„Modernisierung“ bedeutete, dass die Installierung von wachstumsförderlichen Institutionen bzw. das Zurückdrängen von wachstumshemmenden Institutionen und von Rentenstreben sowie die Verbreiterung der Wissensbasis im Zuge der „Industriellen Aufklärung“ die negativen Rückkopplungseffekte außer Kraft setzten (oder zumindest signifikant einschränkten) und im Gegenteil positive Rückkopplungseffekte eintraten, sodass fortwährender Wandel die Regel wurde. Die Verfügbarkeit von nützlichem Wissen einerseits und die politischen und wirtschaftlichen Institutionen andererseits waren ausschlaggebend für die technische Entwicklung in einer Gesellschaft. Im Westeuropa der zweiten Hälfte des 18. Jh.s wirkte der technische Fortschritt erstmals zurück auf die Wissensbasis und die Institutionen. Sobald diese positiven Rückkopplungen stark genug waren, stellte sich nachhaltiges Wirtschaftswachstum ein. Vermutlich sind es diese sehr komplexen und voraus-

setzungsvollen Zusammenhänge, die es verdienen, „europäisches Wunder“ genannt zu werden.

In China entwickelte sich die Wirtschaft in der ersten Hälfte des 18. Jh.s günstig: Der starke Bevölkerungsanstieg[2] war offenbar nicht von einem Verfall des Pro-Kopf-Einkommens begleitet. Das Wirtschaftswachstum beruhte auf zunehmender Arbeitsteilung und Spezialisierung, neuen Feldfrüchten[3] und verbesserten Anbaumethoden.[4] Doch in der zweiten Jahrhunderthälfte war es infolge malthusianischer,[5] institutioneller[6] und wissensbezogener[7] negativer Rückkopplungseffekte mit dem positiven Wandel wieder vorbei – ganz anders als in Westeuropa.

Rezente Studien stützen das Ergebnis der Jones'schen Erkundungen, wonach sich die wirtschaftliche Kluft zwischen Westeuropa einerseits sowie China und Indien andererseits bereits vor 1800 aufgetan hat. B. Gupta und D. Ma versuchen in ihrem Übersichtsartikels „Europe in an Asian Mirror: the Great Divergence“[8] empirisch die Frage zu beantworten, ob Nordwesteuropa schon vor der Industriellen Revolution wirtschaftlich weiter fortgeschritten war als die entwickelteren Regionen Chinas und Indiens, was die weithin etablierte Meinung darstellt, oder ob sich Nordwesteuropa und die entwickelteren Regionen Chinas und Indiens im 18. Jh. in ökonomischer Hinsicht auf etwa demselben Niveau befanden, was der revisionistischen These von Historikern und Asien-Spezialisten wie Ken Pomeranz u. a. entspricht.

Zu diesem Zweck verschafften sich Gupta und Ma einen Überblick über die jüngsten Forschungsergebnisse hinsichtlich des Vergleichs zwischen ökonomischen Indikatoren Europas einerseits und Chinas und Indiens andererseits für den Zeitraum vom 17. bis zum 19. Jh.: Reallöhne, anthropometrische Maßzahlen, Alphabetisierungsraten, Konsummuster, Urbanisierungsgrade. Indem sie wichtige Erkenntnisse zu den ökonomischen, sozialen und politischen Institutionen (z. B. Getreidemärkte, Institutionen des Fernhandels, Großreiche und Kolonien) zusammenfassen, nähern sich die AutorInnen dem Problem der Ursachen der wirtschaftlichen Divergenzen in Eurasien vor der Industriellen Revolution an.

Zu welchen – nach Meinung der VerfasserInnen freilich mit Vorsicht zu interpretierenden – Ergebnissen gelangt die komparative Studie von Gupta und Ma? Der Lebensstandard in den entwickelteren Regionen Chinas und Indiens, gemessen an den Reallöhnen, entsprach im 18. Jh. eher jenem in Süd- und Zentraleuropa als in Nordwesteuropa. Mit dieser Einschätzung liegen die AutorInnen deutlich näher bei der traditionellen Sichtweise als bei der revisionistischen Hypothese. Das Gefälle im Lebensstandard zwischen Nordwesteuropa und den entwickelteren Regionen Chinas und Indiens bestand demgemäß schon in der vormodernen Periode (*„The Great Divergence was well under way in the seventeenth century“* [G. u. M., S. 285]) und nahm mit dem Einsetzen der Industriellen Revolution weiter zu.

Martin Mailberg

Anmerkungen

1 Zur Bedeutung der Aufklärung, insbesondere der „Industriellen Aufklärung“ für die wirtschaftliche Entwicklung in Westeuropa siehe v. a. Mokyr (2009).

2 Die Gesamtbevölkerung Chinas stieg von rd. 100 Mio 1685 auf ca. 300 Mio. 1790 an; Spence (1995) 123.

[3] Vor allem Kartoffeln, Süßkartoffeln, Mais und Erdnüsse; vgl. Klein (2007) 31ff.

[4] U. a. massiver Einsatz von Dünger aus Baumwoll-, Raps- und Sojarückständen; vgl. Vogelsang (2012) 430.

[5] Die Anbaufläche wurde im 18. Jh. stark ausgeweitet. Dies hatte gravierende ökologische Folgen: Bodenerosion, Entwaldung und davon ausgelöste Naturkatastrophen.

[6] Klein (2007, S. 35) stellt fest: „Während die Regierung in den letzten Jahren der Qianlong-Ära (Kaiser Qianlong 1735-1799; Anm. MM) in Korruption versank, wurde sie gleichzeitig durch Unruhen und Aufstände herausgefordert.“ Übereinstimmend Spence (1995, S. 148): „Nach 1775 wurde die Korruption ohne jeden Zweifel immer schlimmer.“

[7] „China blieb ein Land von Kleinbauern mit äußerst arbeitsintensiver Landwirtschaft ohne nennenswerte technische Hilfsmittel“ (Spence [1995] 124).

[8] Erschienen in: Broadberry, O’Rourke (Hrsg., 2010) Bd.1, 264-285.

Literatur

Broadberry, Stephen; O’Rourke, Kevin (Hrsg.), The Cambridge Economic History of Modern Europe, 2 Bde. (Cambridge 2010).

Klein, Thoralf, Geschichte Chinas. Von 1800 bis zur Gegenwart (Paderborn u. a. 2007).

Mokyr, Joel, The Enlightened Economy. An Economic History of Britain 1700-1850 (New Haven, CT, 2009).

Spence, Jonathan, Chinas Weg in die Moderne (München 1995; engl. Original 1990).

Vogelsang, Kai, Geschichte Chinas (Stuttgart 2012).